Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 1

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 160. Abendblatt. Donnerstag, den 4. April. 1867.

Deutschland.

☐ **Berlin**, 3. April. Von Holland aus wird jetzt zwar in Abrede gestellt, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich gegen Geldentschädigung bereits vereinbart oder noch beabsichtigt sei; Pariser Nachrichten sagen aber das Gegentheil und gewiß ist, daß man hier in maßgebenden Kreisen eine so leichte Lösung der Frage durch ein einfaches Dementi der holländischen Regierung nicht erwartet, sondern die entstandene Verwickelung für eine sehr ernste hält. Der „Hamb. Börsen-Halle" wird gemeldet, daß der Kronprinz von Preußen dem Gerüchte nach behufs einer Allianz-Verhandlung sich nach Wien begeben werde. Dies Gerücht ist unbegründet. Wenn auch die Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich freundliche geworden sind und in dieser Richtung hoffentlich noch weitere Fortschritte machen werden, ist doch jetzt von Allianzverhandlungen keine Rede und ebensowenig von einer Reise des Kronprinzen nach Wien. Schon in formeller Beziehung würde das Gerücht mit Mißtrauen aufzunehmen sein. — In Bezug auf die Spielbanken eilt das Gerücht auch den thatsächlichen Verhältnissen voraus. Daß die preußische Regierung prinzipiell gegen die Fortdauer der Spielbanken ist, bedarf keines Beweises mehr; das Todesurtheil mag wohl als unterschrieben betrachtet werden, die Vollstreckung desselben berührt aber zu viele nicht unbedeutende Interessen der betreffenden Bewohner, als daß die Regierung nicht einen möglichst schonenden Weg für geboten halten sollte.

Berlin, 3. April. Wie die „B. B.-Ztg." erfährt, hat eine Unterredung zwischen dem französischen Botschafter, Hrn. Benedetti, und dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck stattgefunden, in welcher dem Letzteren Gelegenheit gegeben wurde, die refüsirende Haltung gegenüber dem projektirten Handel um Luxemburg, welche seine im Reichstage gesprochenen Worte andeuteten, offener hervortreten zu lassen; in welchem ferner Herr Benedetti eine beruhigende Erklärung abgegeben hat, welche die schwebende Frage des acuten Charakters vollkommen entkleidet. Der Botschafter hat, wie wir hören, bei diesem Anlasse auch dem Wunsche und der Hoffnung des Kaisers Napoleon Ausdruck gegeben, die regierenden Häupter — speziell den König von Preußen — zum Besuche der Ausstellung in Paris erwarten zu dürfen, um durch persönliche Rücksprache die bestehenden Differenzen am wirksamsten zu schlichten. — Von der anderweiten Besetzung des Gouverneurpostens in der Festung Luxemburg, für welche Stelle nach mehrseitigen Nachrichten der General v. Goeben, einer unserer tüchtigsten und bewährtesten Offiziere, ausersehen sein sollte, ist vorläufig Abstand genommen worden, was als ein für die friedlichere Wendung der Dinge sprechendes Moment anzusehen sein dürfte.

— Die Zusammenkunft der Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen Behufs Beschlußfassung über die Abänderungsvorschläge des Reichstages wird Anfang nächster Woche erwartet.

— (N. Pr. Z.) Es ist über die Maßen leichtfertig, wenn gewisse Blätter ihren Lesern jetzt täglich einen Rumor vormachen, als ob es übermorgen Krieg geben müsse mit Frankreich um — Luxemburg. Wir denken doch nicht weniger Gefühl und Verständniß zu haben für die Ehre und Macht unseres Vaterlandes, als diese Randalir-Patrioten, die im vorigen Sommer ihre berüchtigten Friedens-Adressen losschossen, als an den Grenzen des Landes schon die Kanonen drohten, und die jetzt zumeist darum so laut schreien nach Krieg und Kampf, weil sie dem Grafen Bismarck damit unbequem zu werden hoffen. Glücklicherweise wird ihnen auch das nicht gelingen. Wer möchte glauben, daß Frankreich sich jetzt kurzer Hand in einen Krieg stürzen wird mit Preußen und Deutschland, bloß um diese paar Quadratmeilen zu erwerben? Wer möchte glauben, daß diese preußische Regierung aufgeben würde, was uns zweifellos zusteht, wenn die demokratischen Zeitungen ihr nicht auf den Dienst paßten? oder andererseits, daß diese Regierung nichts mehr wünschte, als Gelegenheit zu einem neuen Kriege? Wer kann endlich glauben, daß die europäischen Mächte ein Geschäft wie das mit Luxemburg beabsichtigte einfachst würden abschließen lassen, ohne daß sie vorher zur Sache verständigt worden sind? Alle diese Dinge sind klar für Jedermann, der sich die Frage ohne Hintergedanken und mit Besonnenheit überlegt, und es scheint doch auch, als wenn im Allgemeinen schon etwas mehr Ruhe eingetreten wäre. Uebereinstimmenden Nachrichten aus dem Haag und aus Paris zufolge ist man dort auch bereits zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Luxemburger Frage nicht zwischen Holland und Frankreich abgemacht werden könne, daß diese Frage vielmehr, abgesehen selbst von dem vertragsmäßigen Rechte Preußens, eine Frage des europäischen Völkerrechtes sei. Vielleicht ist es der französischen Politik sogar erwünscht, die Sache vor den europäischen Areopag zu bringen, vor dessen Ausspruch sie sich ohne das Gefühl einer Niederlage zurückziehen könnte. Bezüglich des vom Grafen Bismarck neulich erwähnten Vertrages von 1839 bemerken wir, daß in diesem Vertrage, der im Jahre 1839 zu London abgeschlossen wurde, die Bestimmungen des zwischen Holland und Belgien vereinbarten Friedens und namentlich auch die Festsetzung über das zwischen Belgien und Holland getheilte Luxemburg enthalten sind. Die Unterzeichner dieser Verträge sind Holland, Belgien, Oesterreich, Frankreich, England, Preußen, Rußland.

— Gestern sind, berichtet die „N. Pr. Ztg.", wenn die uns gewordene Mittheilung richtig ist, die Reichstagsmitglieder der Provinz Preußen im Hotel de Rome zu einem Diner versammelt gewesen, welches auch Se. K. H. der Prinz Friedrich Carl mit seiner Anwesenheit beehrte. Mit Ausnahme von ungefähr vier nicht anwesenden Abgeordneten sollen sämmtliche Abgesandte der Provinz Preußen zu den konservativen Fraktionen des Reichstages gehören. Eine eigenthümliche und politisch interessante Erscheinung und Wirkung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts — da man uns sagt, kein anderes Wahlverfahren wäre in der Provinz Preußen im Stande gewesen, ein konformes politisches Diner zu komponiren. Wir, von unserm Standpunkt der Beurtheilung, knüpfen hieran den Wunsch, daß noch lange in den großen Schichten der niedern Bevölkerung dieser Provinz dieser königstreue Sinn sich erhalten und einen Widerstand leisten möge den zersetzenden politischen Agitationen der Demokratie, welchen diese niederen Schichten des Volks jetzt mehr ausgesetzt sein werden, als dies bisher der Fall gewesen.

Berlin, 3. April. (Norddeutscher Reichstag.) 26. Sitzung. (Schluß.) Freiherr v. Moltke: Die Frage vom national-ökonomischen Standpunkte aus, ob es schädlich ist, wenn 300,000 arbeitsfähige Männer 3 oder 2 Jahre direkt der produktiven Arbeit entzogen bleiben oder nicht, kommt ganz auf Eins heraus. Es ist allerdings der Militärdienst nicht eine produktive Arbeit, aber er bezweckt und erleichtert die Sicherheit des Staates, ohne welche jede produktive Arbeit unmöglich ist. (Sehr wahr.) Er ist die Schule der Pünktlichkeit, Ordnung, Reinlichkeit, des Gehorsams und der Treue, Eigenschaften, die für die spätere produktive Arbeit nicht verloren gehen. Man betont es immer, daß die jungen Leute ein Jahr länger bei der Fahne bleiben sollen, man übergeht dabei, daß 7 Jahrgänge, Familienväter, nicht mehr herangezogen werden. Dieser Vortheil ist national-ökonomisch sehr bedeutend. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an die Familien-Unterstützungen, die gezahlt werden müssen, dabei kann man die zweijährige Dienstzeit vom finanziellen Standpunkte aus fordern. Es ist nicht zu leugnen, daß eine Herabsetzung der Präsenzzeit sehr wünschenswerth ist, es bleibt nur die Frage, ob dies politisch oder militärisch zulässig sei. Blicken wir um, so sehen wir alle Nachbarn rüsten, warum? wissen wir nicht; aber die Thatsache ist da. Ich will auf das politische Feld nicht eingreifen und bleibe bei der militärischen Seite. Man macht mit Recht geltend, daß die dreijährige Dienstzeit nicht die ganze waffenfähige Mannschaft umfaßt; es ist richtig, es bleibt etwas übrig. Es ist ferner richtig, daß bei der zweijährigen Dienstzeit gerade genug dienstbrauchbare Leute vorhanden sein werden, um die Bataillone — denn der Ausfall trifft die Infanterie — auszufüllen. Ich will nicht behaupten, daß solche Bataillone nicht lebensfähig sein werden, wenn ein Drittel ausfiele. Ziehen Sie aber ab, was alles auf diese eine Hälfte kommt, was der tägliche Wachtdienst und die Munitions-Arbeiten erfordern, ziehen Sie ab die Kranken und im Arrest Befindlichen, so bleibt Ihnen so wenig übrig, daß ein solches Bataillon seine taktische Ausbildung, seinen eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen kann. Es ist ebenfalls gesagt worden, daß die zweijährige Dienstzeit ein größeres Material an Menschen liefert; an jungen Leuten fehlt es uns nicht. Unser Herr Kriegsminister hat, nachdem sämmtliche preußische Armeekorps in das Feld gerückt waren, noch zwei neue Korps improvisirt und würde noch mehr geschaffen haben, wenn es nothwendig gewesen wäre. Nach der Schlacht bei Königgrätz waren wir stärker als zuvor und standen mit 664,000 Mann unter Waffen. (Hört!) Solche Formationen finden ihre Grenzen in einer anderen Richtung. Bedenken Sie, was es heißt, 700,000 oder vielmehr 900,000 Mann unter den Waffen zu erhalten. Es begrenzt sich ferner die Möglichkeit solcher Formationen durch die Zahl der Offiziere. Welches Element die Offiziere sind, so will ich nur sagen, wir haben auf 50 Mann 1 Offizier, und haben auf 20 Mann 1 Offizier verloren (hört!); ohne Offiziere haben Sie nur einen Haufen braver Truppen, aber keine Truppen (Zustimmung.) Wir haben im vorigen Jahre bei 50,000 Gefangene gemacht und nur 3000 Vermißte gehabt; woher kommt dieser Unterschied, aus der Dienstzeit. Die finanzielle Bedrängniß hatte Oesterreich ein System aufgenöthigt, nach welchem der gemeine Mann 1¼—1½ Jahr im Dienste gewesen ist. Diese Leute haben sich brav geschlagen, und die Offiziere sind mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen; aber sobald Schwierigkeiten eintraten, lockerte sich die Ordnung. Das Gefühl des Zusammenhaltens kann nicht einexerzirt, sondern nur eingelegt werden (Lebhafte Zustimmung); und das können Sie in der zweijährigen Dienstzeit nicht erhalten. (Lebhaftes Bravo.) — Abg. Dr. Rée: Es handelt sich hier vor allen Dingen um das Budgetrecht. In Zeiten einer größeren Gefahr werden Sie mit dem Budgetrecht besser stehen, als mit irgend einem andern. Bei der zweiten Einwendung gegen das Budgetrecht ist folgendes zu berücksichtigen; es ist hier wie bei jedem anderen Gesetze das Technische und der Zweck zu unterscheiden. Es giebt hier ein Grenzgebiet, für welches man sich fragen kann, ob dieses Gebiet bloß Sache des Technikers sei. Es ist nicht allein genügend, daß ein Heer da ist; es ist Sache der Bevölkerung, zu sorgen, wie viel an Geld und Kräften sie hingeben will, wie lange der Einzelne dienen soll. Es ist wünschenswerth, daß die Volksvertretung hier die Fachmänner höre, aber die allgemeinen Bestimmungen müssen bei der Volksvertretung bleiben. Sie muß die Macht haben, von Zeit zu Zeit die Gesetze zu revidiren. Wir meinen, daß auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht alle Wehrkräfte der Nation zur Vertheidigung entwickelt werden müssen. Aber wir wollen nicht unnöthig opfern an Gewerbefleiß, Freiheit und Civilisation. Im Augenblicke der Gefahr wird die Volksvertretung in ganz Deutschland Alles gewähren; aber muthen Sie uns nicht zu, die ganze Zukunft preiszugeben.

Abg. Freiher v. Vincke (Olbendorf): Die Größe eines Staates liegt in der gehörigen Organisation der Wehrkraft. Diese auf längere Zeit festzustellen, bezweckt die Vorlage und wir müssen darin die Regierung unterstützen. Das dazu vorgeschlagene System ist nicht aggressiv, sondern friedfertig. — Die allgemeine Wehrpflicht hat sich im vorigen Jahre am besten selbst empfohlen. „Wenn Leute, die sich Erfahrungen auf dem Schlachtfelde erworben haben, die dreijährige Dienstzeit als eine Nothwendigkeit aufstellen, so müssen wir ihnen folgen, denn sie verstehen es. Die Bedenken darüber, daß im Gesetze Nichts über die Dauer der Präsenszeit gesagt sei, werden, denke ich, durch Erklärungen beseitigt, die wir erhalten werden. Daß ein Prozentsatz für die Friedensstärke gesetzt ist, ist ein Vortheil für die Bevölkerung. Das Recht der Volksvertretung war kein großes. Die Regierung hat zum Heile des Vaterlandes dasselbe bei der Reorganisation nicht beachtet. Jetzt beträgt die Stärke des Heeres $1\frac{1}{7}$ pCt. Das würde für Preußen eine Verminderung um 17,000 Mann ausmachen. In Frankreich kostete 1864 der Mann 308 Thlr. 13 Sgr. In der Bewilligung des Militärbudgets auf längere Zeit erkenne ich keine Gefahr. Auch ich will keine Rechte des Volks vergeben. Aber die Sicherheit des Vaterlandes muß uns doch höher stehen als ein Recht des Volkes. Die Landwehr hat gewiß Großes geleistet. Aber die Lasten derselben würden jetzt die Kosten der Reorganisation übersteigen. Die Vollmacht, die wir der Krone Preußen ertheilen, wird nur zum Wohle des Ganzen gereichen (Bravo!). Abg. v. Münchhausen: Ich unterscheide das was jetzt zu thun ist und was für die Dauer festzustellen ist. Nach Lage der Dinge würde es unverantwortlich sein, die Formation dieser Armee in Frage zu stellen. Was hier festgestellt werden soll, wird, wenn die Verfassung einmal sanktionirt ist, nicht ferner der Zustimmung des preußischen Abgeordnetenhauses bedürfen. Den Inhalt der Artikel 56, 57, 58 halte ich nicht für Objekte einer Verfassung. Ich bestreite aber, daß eine Bestimmung hierüber in die Verfassung gehört, denn die Präsenzstärke wird sich nach der politischen Lage richten müssen. — Abg. Vogel v. Falkenstein: Meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich pro domo spreche, weil ich und meine Kollegen und meine Kameraden in der Lage sind, hierbei besonders interessirt zu sein. Sie, m. H., verlangen, wenn ein Krieg ausbricht, daß die kommandirenden Generale ihre Truppen an den Feind führen und erwarten den Sieg. Dazu müssen Sie uns aber die Mittel gewähren, nämlich eine Armee, die tüchtig ausgerüstet ist. Es ist ein Grundsatz bei uns, daß mit einer zweijährigen Dienstzeit wir nicht viel erzielen werden. Ich glaube m. H., wenn es möglich wäre, daß Sie sich einmal in die Lage eines kommandirenden Generals denken könnten, Sie würden sofort der allgemeinen Ansicht sein, daß eine dreijährige Dienstzeit nothwendig ist. (Sehr richtig.) Sie wissen nicht, mit welcher Lust man in einen Krieg zieht, wenn man weiß, daß man eine Truppe unter sich hat, die zum Kriege tüchtig ist. Ja man wird selbst zu Abenteuern hingezogen. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, ich glaube, Sie können und werden auch nicht der Ansicht sein, daß Sie uns die Mittel zu einer solchen Armee versagen können. Mögen auch unsere Ansichten vielfach auseinander gehen, in einer kommen wir Alle zusammen. Nämlich, wenn einmal ein Krieg ausbricht, daß Sie dann das Vaterland ganz und tüchtig vertheidigt sehen. Das wollen Sie, das wollen wir. Nun kommen auch noch Spezial-Interessen hinzu, nämlich von unserer Seite und ich glaube auch von der Ihrigen. Von unserer Seite will ich sagen, daß es für uns Soldaten ein drückendes Gefühl ist, wenn wir von einem Friedensjahr in das andere hinübergehen und uns sagen müssen: der Staat hat uns besoldet und erhalten und wir haben nichts gethan, als die Truppen ausgebildet. Sie wissen gar nicht, was es für eine Freude für einen Offizier ist, wenn es heißt: es wird Krieg (Heiterkeit), wo wir unsere Schuld abtragen können mit unserm Herzblut (Bravo!); ich meine aber auch von Ihrer Seite ist es von großem Interesse, eine Armee zu haben, die in der Lage ist, allen Eventualitäten entgegenzutreten; Sie sind hierher zusammengekommen, um ein großes Werk zu begründen. Es ist keiner unter Ihnen, der ausgesprochen hat, er habe nicht den besten Willen; das Werk soll und muß begründet werden; aber damit wird es nicht abgemacht sein, daß wir ein Haus bauen, wir müssen es vertheidigen und dazu ist eine kriegsfertige Armee nöthig, die es vertheidigt. Eine Vertheidigung des Vaterlandes wird nicht von dieser Tribüne aus geschehen, sondern durch Soldaten. Daher, wenn dieses Werk ein Segen sein soll für unsere Kinder und Kindeskinder, dann schaffen Sie eine Armee, die in der Lage ist, Ihr Werk zu vertheidigen und nicht im ersten Kampfe wieder zu Schanden zu machen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Rössing spricht kurz im Ganzen für den Entwurf und empfiehlt, solche Bestimmungen offen zu halten, welche den Eintritt der Süddeutschen in den Bund ermöglichen könnten. — Abg. Kryger-Beftoft liest eine Ansprache ab, die aber schon wegen des Dialektes des Redners unverständlich bleibt. Er motivirt einzig und allein das von ihm und dem Abg. Ahlmann gestellte Amendement zum Art. 53 des Entwurfs, betreffend Nordschleswig. Der Artikel lautet: „Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen." Das gewähnte Amendement geht nun dahin, dem Art. 53 den Satz beizufügen: „Die Wehrpflichtigkeit bleibt in denjenigen Theilen des Herzogthums Schleswig, welche nördlich einer südlich von Flensburg laufenden und in westlicher Richtung sich erstreckenden Linie liegen, so lange suspendirt, bis Betreffs der Abtretung schleswigscher Distrikte an das Königreich Dänemark ein Resultat erzielt ist. — Vorsitzender der Reichstags-Kommissarien Graf v. Bismarck: Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht das nicht, um die Bestimmungen des Prager Friedens anzufechten, oder mich über die Auslegung derselben nochmals hier zu äußern, sondern nur um zu verhindern, daß durch solche Kundgebungen, wie die Rede des Herrn Vorredners war, in Nordschleswig noch mehr Leute irre geleitet werden in ihren Ansichten über den gegenwärtigen Rechtszustand und sich den gesetzlichen Anforderungen der Behörden, besonders in Bezug auf ihre militärischen Pflichten, entziehen, und sich dadurch zu unserem Bedauern Strafen zuziehen, die unnachsichtlich würden vollzogen werden. Der gegenwärtige Rechtszustand des Herzogthums Schleswig ist der, daß dasselbe nach seiner ganzen Ausdehnung, wie es sich nach dem Wiener Frieden gestaltet hat, ein zweifelloser Bestandtheil der preußischen Monarchie ist, daraus folgt, daß sich alle Einwohner den Gesetzen zu fügen haben, die hier gelten; wie viele und welche davon etwa in Zukunft nach den Bestimmungen des Prager Friedens aufhören werden, preußische Unterthanen zu sein, ist eine Frage, die noch zu enscheiden ist; so lange sie es aber sind, haben sie sich bis auf die letzte Minute den Gesetzen und Behörden Preußens zu fügen oder die Folgen zu tragen, welche die Widersetzlichkeit nach sich ziehen wird. Wenn aber der Herr Vorredner aus den Bestimmungen des Wiener Friedens eine Art von Zwitterzustand hat ableiten wollen, so daß jeder sich in den drei Herzogthümern für einen dänischen Unterthanen erklären könne und dennoch alle Vortheile der Unterthänenschaft Preußens zu genießen fortfahre und dabei die dänische Unterthanenschaft oder die Möglichkeit, daß er sich für dieselbe entscheidet, dafür benutzen könne, um sich allen Lasten zu entziehen, so würde doch dieses System Anwendung auf Holstein und Lauenburg finden. Da könnte denn auch Jeder sagen: Ich will bis 1870 warten und mich dann entscheiden, ob ich Preuße oder Däne sein will, bis dahin bleibt mir mit den Zumuthungen der Steuer- und Militärpflicht vom Halse. Ich glaube, dadurch ist die Unzulänglichkeit, die Unrichtigkeit der Behauptungen des Hrn. Vorredners hinreichend dokumentirt. Wir bestreiten bis 1870 keinem Schleswiger, der die dänische Nationaltät adoptiren und nach Dänemark übersiedeln will, das Recht dazu, halten aber an dem Grundsatz fest, wer es gethan hat und sich darauf berufen hat, der hat optirt nach der Freiheit, die ihm der Wiener Frieden läßt. Ist er Däne geworden, so bleibt er es auch und wird als Däne angesehen, wenn er etwa wieder nach Hause kommen will.

Abg. Wulff: Ich bestreite dem Hrn. Abg. Kryger entschieden das Recht, auch für Lauenburg zu protestiren. Die Lauenburger gehören mit Freuden der Herrschaft des Königs von Preußen an. — Abg. v. Bockum-Dolffs (schwer verständlich): Ich muß mich dem Antrage auf einen jährlichen Militäretat anschließen. Derselbe macht das Land nicht wehrlos. — Abg. Duncker (Berlin): Die preußischen Abgeordneten werden die Unbefangenheit, die sie in der Indemnitätsbewilligung gezeigt haben, zu wahren wissen. Die Annahme dieser Verfassung würde den Eindruck einer Ueberrumpelung machen. (Bravo! links.) Diese Anträge bezwecken, diese Frage der künftigen Gesetzgebung zu überlassen. Das es möglich sein wird, zu einer parlamentarischen Einigung zu kommen, darin haben mich die Reden der beiden Generale bestärkt. Die Unmöglichkeit einer zweijährigen Dienstzeit hat der Abg. für Memel nicht behauptet. Ich bin nicht mit ihm darin einverstanden, daß es darauf ankomme, ob zwei- oder dreijährige Dienstzeit besteht, aber bei diesem hohen Präsenzstande rüsten sich auch unsere Nachbarn fort und fort und erzeugen den unleidlichen Zustand in Europa; daher kommt es, daß die Kapitalbildung nicht so rasch vorschreitet wie die Bevölkerung. Zwischen den Truppen Oesterreichs und Preußens besteht auch noch der Unterschied, daß bei uns die Leute gebildeter sind. Der Hr. Abg. für Memel hat gesagt, das Gefühl der Zusammenhängigkeit könne nicht einexerzirt werden; der Entwurf sieht so aus, als ob die Einheit einexerzirt, nicht eingelebt werden sollte. — Abg. Dr. Eichholtz (Unter sehr großer Unruhe des Hauses). Ich fürchte, daß eine starke Kriegsmacht den Frieden nicht sichert, sondern den Krieg anregen wird. Die Präsenz- und die gesammte Dienstzeit ist auf 10 Jahre festgesetzt. Durch den Fortschritt der Bildung in dieser Zeit werden sich Forderungen nach Erleichterung erheben. Es scheint, daß die ganzen preußischen Verhältnisse im Militärwesen auf den norddeutschen Bund übertragen werden sollen. Wenn diese der Verbesserung bedürftig sind, so sehe ich nicht ein, warum das minder Gute für immer eingeführt werden soll, wenn wir das Bessere durch ein Provisorium erreichen können. — Der Abg. Ahlmann verzichtet auf das Wort. Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, wird die Diskussion geschlossen. Präsident Dr. Simson übernimmt das Präsidium wieder und ertheilt zu einer persönlichen Bemerkung das Wort dem Abg. Dr. Braun (Wiesbaden). Derselbe war nicht anwesend und war die Tagesordnung damit erledigt. — Nächste Sitzung Freitag Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Spezialberathung über Abschnitt XI. Schluß der heutigen Sitzung 1 Uhr 45 Minuten.

Ausland.

Wien, 1. April. Briefe aus Pesth melden, daß die in der letzten Rede Deaks vorgekommene Verherrlichung Kossuths in hohen Kreisen sehr mißliebig aufgenommen worden sein soll. Es ist auch auffallend, wie der sonst als taktvoll gepriesene Deak einen so entschiedenen Revolutionär, welcher das Haus Habsburg der Krone von Ungarn für verlustig erklärte, bei solcher Gelegenheit und auf solche Weise einer Erwähnung würdigen konnte. — Eine neuerliche Verfügung des ungarischen Ministeriums dürfte die Stock-Magyaren sehr unangenehm berühren. Es wurde nämlich an die Behörden und Stellen des Landes die Weisung ertheilt, alle dienstlichen Eingaben an das Generalkommando in Ofen in deutscher Sprache abzufassen. Auch wurde der Zumuthung, die aufgelöste Gendarmerie in Ungarn durch Honveds (Nationaltruppen, Landwehr) zu ersetzen, keine Gewährung gegeben.

— Die silberne Hochzeit des Herzogs von Modena und seiner Gemahlin Adelgunde (Tochter König Ludwigs I. von Baiern) wnrde am 30. März im engsten Familienkreise gefeiert. Der Herzog ist 48, die Herzogin 44 Jahre alt. Das Jubelpaar empfing die Glückwünsche aller hier anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen und der hier zum Feste eingetroffenen Prinzen Ludwig und Leopold von Baiern.

— Nach einer den „H. N." von hier zugehenden Mittheilung sind die zwölf Feld-Artillerie-Regimenter um je zwei Batterieen vermehrt worden.

— Ein Wiener Korrespondent der „D. A. Z." will aus eine Weisung, weiche in den allerletzten Tagen (wie es scheint, im Verlauf eines Meinungsaustausches in Betreff Luxemburgs) an den Kaiserlichen Gesandten in Berlin abgegangen sein soll, folgende Stelle citiren können. „Lassen Sie das Königliche Kabinet keinen Augenblick im Zweifel, daß, sobald eine ernste Prüfung an Deutschland herantreten sollte, Oesterreich sich die Pflichten, deren es durch die Ereignisse formell entbunden worden, freiwillig auflegen, und daß es in der Stunde der Gefahr nicht blos hinter Deutschland, sondern neben Deutschland zu finden sein würde."

Wien, 1. April. Von der mexikanischen Legion ist, wie man aus der „Karlsr. Ztg." erfährt, in Straßburg ein Transport von 50 Mann eingetroffen! Es sollen in Brest etwa 700 Mann der Legion gelandet sein, die truppweise über Kehl weiter gehen werden. Die Leute sind von Allem entblößt und sollen erst in Straßburg aus den dortigen Vorräthen von Militär-Effekten einigermaßen anständig gekleidet werden und außerdem ein kleines Reisegeld erhalten. (Die Legion soll bis 7000 Mann stark gewesen sein, von denen etwa die Hälfte Europa wieder sehen. Es wird beabsichtigt, zwei besondere Jägerbataillone daraus zu formiren.)

Pesth, 2. April. Mit dem heutigen Frühzuge langten Baron Beust, Graf Goluchowski und der kroatische Hofkanzler Feldmarschall-Lieutenant Kussevich hier an und fuhren sogleich nach Ofen.

Paris, 1. April. Gestern haben die Schneidergesellen (es waren ihrer zehntausend in Menilmontant versammelt) die Nadel niedergelegt, d. h. ihren Strike beschlossen und proklamirt. Auch nicht ohne Wichtigkeit. — Heute werden abermals eine Menge Lokalitäten genannt, in denen gegen die Heeresreform petitionirt wird. Die Petitionen sind nicht für den Senat oder den Kaiser bestimmt, sondern für die Deputirten der betreffenden Departements. Gleichzeitig erfährt man, daß die Behörden die Cirkulation der Petitionslisten zu verhindern suchen. Wie gesagt, schlechte Anzeichen!

— Man schreibt der „Z. C." aus Paris: Eine Arbeiter-Demonstration bereitet sich in Paris vor. Acht corps de métier haben beschlossen, Abgesandte zum Kaiser zu schicken, um gegen die Handwerker-Reform zu protestiren. Von Seiten der Polizei sucht man auf gütlichem Wege die Demonstration zu verhindern.

— Das im Auslande verbreitete Gerücht, die Cholera sei bereits wieder hier ausgebrochen, entbehrt jeder Begründung. Die Hotels haben von heut ab den Miethspreis auf das Doppelte erhöht. Hoffentlich wird die Viehsperre nach der deutschen Grenze hin, wie man aus einem vor Kurzem veröffentlichten Berichte annehmen darf, bald aufgehoben werden, da sonst der Genuß von Fleisch hier während des Sommers ein Luxus-Artikel sein würde; das Pfd. Rindfleisch kostet schon jetzt 15—20 Sgr.

— Die offizielle Dementirung der Abtretung Luxemburgs von Seiten der holländischen Regierung wird von sämmtlichen Blättern gebracht. Die offiziösen Journale enthalten sich jeder Bemerkung; Die Oppositionsblätter unterdrücken ihre Schadenfreude nicht. Das „Avenir National" meint, die beiden vertragschließenden Theile müßten im letzten Augenblicke vor dem allgemeinen schlechten Eindrucke ihres Handels zurückgetreten sein. Sehr empfindlich ist man hier über die Freudenbezeigungen, denen die Luxemburger sich wegen des Nichtzustandekommens der Annexion hingeben. Die französische Regierung bildet sich etwa doch nicht ein, daß ein Regime, wie das, an dem sie festhält, einer gebildeten Nation wünschenswerth erscheinen könne.

Pommern.

Stettin, 4. April. Wie bekannt, läßt die Königliche Polizei-Direktion es sich ernstlich angelegen sein, der höchst lästigen Hausbettelei nach Kräften entgegen zu wirken. Bei den in neuester Zeit vorgenommenen zahlreichen Bestrafungen vagabondirender Bettler hat sich ergeben, daß die größere Zahl derselben arbeitsscheue, der hiesigen Kommune nicht angehörige Leute waren. Die Bestrebungen der Polizei können auch in dieser Richtung natürlich nur einen vollen Erfolg haben, wenn dieselben in angemessener Weise durch das Publikum unterstützt werden. Manches ist darin schon durch die Anti-Betteleivereine geschehen; es würde jedoch dem Unwesen erst vollständig gesteuert werden, wenn das Publikum gar keine zufälligen Almosen mehr austheilte, namentlich die Spendung von Gaben an unbekannte Bettler am 1. eines jeden Monats ganz einstellte.

— Vorgestern früh wurde in der Rosengarten Nr. 12, zwei Treppen hoch belegenen Wohnung des Herrn Geh. Kriegsrathes a. D. Foß ein frecher Diebstahl verübt, indem ein bisher nicht ermittelter junger Mensch sich durch das nicht verschlossene Entrée in die ebenfalls unverschlossene Stube schlich, die Spiegelscheibe eines dort stehenden Silberspindes eindrückte und aus letzterem einen silbernen Leuchter im Werthe von 8 bis 10 Thaler entwendete. Durch das Klirren der Scheibe aufmerksam geworden, eilte ein in der Küche befindliches Mädchen herbei, indessen gelang es dem Diebe, sich durch schleunige Flucht nach dem Milentz'schen Grundstücke, welches bekanntlich einen zweiten Ausgang nach der grünen Schanzstraße zu hat, der Festnahme zu entziehen.

— Vor mehreren Tagen wurde vom Dampfschiffsbohlwerk ein einer hiesigen Wittwe gehöriger Arbeitswagen gestohlen. Derselbe ist jetzt in dem Besitz des in Grabow a. O. wohnhaften Fuhrmanns E. gefunden, welcher den Wagen von einem Unbekannten für 10 Thlr. gekauft haben will. — Ebenso ist dem Kaufmann Haug in der Mittwochstraße in der vorgestrigen Nacht ein Handbaumwagen vor seinem Hause gestohlen worden.

— Der mit der kommissarischen Verwaltung der Landes-Meliorationsbau-Inspektor-Stelle der Provinz Pommern beauftragte bisherige Baumeister Schoenwald zu Cöslin ist zum Königlichen Wasserbaumeister ernannt worden.

— Notorisch befindet sich das Straßenpflaster längs der Unterwiek schon seit längerer Zeit in einem solchen Zustande, daß die Passage daselbst entschieden nicht zu den Annehmlichkeiten gehört. Ein wesentlicher Uebelstand für Fußgänger ist namentlich der Mangel an Trottoir; neuerdings sollen die dortigen Eigenthümer indessen ihre Bereitwilligkeit zur Legung von Trottoirplatten erklärt haben und wollen wir deshalb dringend wünschen, daß diese Gelegenheit, endlich bessere Fußpassage zu erlangen, nicht unbenutzt bleiben möge.

*** **Pyritz,** 3. April. Vorgestern beging der auch in weiteren Kreisen durch seine vielseitige Wirksamkeit und seinen patriotischen Sinn wohlbekannte Superintendent der Pyritzer Synode, Herr Schlichting zu Beiersdorf, sein 25jähriges Amtsjubiläum. Bei der großen Verehrung und Liebe, deren sich der Jubilar erfreut, fand eine vielseitige Betheiligung an der Feier Statt, und es fehlte nicht an zahlreichen Beweisen der Hochachtung und Liebe, die, nach dem eigenen Ausspruch des Jubilars, den Tag zu einem der schönsten seines Lebens machten. In den Vormittagsstunden hatten sich trotz der Ungunst der Wege die Lehrer der Synode aus Stadt und Land in Beiersdorf eingefunden und weihten den Tag mit einem freudigen: „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren!" Nach einer dann vorgetragenen Motette hielt einer der älteren Lehrer eine Ansprache und überreichte Namens seiner Kollegen neben einer Votivtafel und einem Festgedicht dem Jubilar das Bildniß Sr. Majestät des Königs in Oeldruck. Ueberrascht durch die schöne, ganz dem Sinne des Jubilars gewählte Gabe und tief bewegt durch die sich darin bekundende Liebe sprach derselbe in herzlichen Worten den Lehrern seinen Dank aus und rühmte demüthig die Gnade Gottes, durch die er allein befähigt worden sei, sein schweres und verantwortungsvolles Amt auch zum Segen und zur Förderung der Schulen in der Synode zu verwalten. Die Lehrer stimmten nach der ihnen gewidmeten Ansprache einige patriotische Lieder an und schlossen mit dem Gesange des Liedes: „Ach, bleib mit Deiner Gnade!"

Inzwischen hatten sich im Hause des Jubilars die Synodalen, unter ihnen auch der der Synode bis vor kurzer Zeit angehörende Sup. Mila, ferner als Vertreter der Patrone des Kirchenkreises, neben dem Patron des Jubilars, der Rittergutsbesitzer Haberland und als Vertreter des Kuratorii des Pyritzer Gymnasiums, dem der Jubilar seit Gründung desselben als Mitglied angehört, der Gymnasialdirektor Dr. Zinzow eingefunden. Der Senior der Synode begrüßte unter Ueberreichung einer Prachtbibel den Jubilar Namens der Synode in herzlicher, glückwünschender Ansprache und las ein von dem General-Superintendenten der Provinz Dr. Jaspis für den Jubilar eingegangenes, die Herzen erhebendes Schreiben vor, in welchem demselben die Anerkennung seines geistlichen Oberhirten und des Königl. Konsistorii in warmen Worten ausgesprochen wurde. Von einem anderen der Synodalen ward in liebevollen, dankbaren, von Herzen kommenden Worten der Jubilar um Annahme eines weiteren Andenkens und Liebeszeichens ersucht; der Vertreter der Patrone überreichte einen kostbaren silbernen Pokal. Namens des Kuratorii des Pyritzer Gymnasiums übergab dann der Direktor Dr. Zinzow dem Jubilar, als in welchem das Gymnasium seinen geistlichen Vater verehre, dessen Streben stets dahin gegangen sei, die Anstalt zu einer Werkstatt des h. Geistes und zu einer Pflanzschule der Kirche zu machen, eine in lat. Sprache verfaßte Votivtafel, ein wahres Meisterstück der Kalligraphie, von der Hand des Gymnasiallehrers Meyer, und in seinem und seiner Kollegen Namen eine epistola gratulatoria, nach Brauch gleichfalls im Gewande der fremden Sprache, aber aus deutschem Herzen geflossen. Andere Gaben schlossen sich diesen an. Man fühlte im ganzen Kreise die tiefe Herzensbewegung, von der der Jubilar bei all' diesen Zeichen der Liebe und Verehrung ergriffen war und der er nun in Lobes- und Dankesworten für die ihm von Gott verliehene Gnade und ohne sein Verdienst ihm geschenkte Liebe beredten Ausdruck lieh. Insonderheit gelobte er im Hinblick auf die ihm von den Synodalen geweihte Bibel, daß er, soweit Gott der Herr ihm Kraft verleihe, nicht aufhören werde, das theure Gotteswort die Leuchte seiner Füße sein zu lassen und die darin bezeugte Gnade Gottes in Christo zu preisen und zu predigen sein Leben lang.

Der Jubilar war von der vorgesetzten Behörde beauftragt worden, einem der Lehrer der Synode, der schon die Feldzüge von 1813—15 mitgemacht, und nach mehr als 50jähriger Dienstzeit sich nun von seinem Amte zurückziehen und der wohlverdienten Ruhe pflegen wollte, in Anerkennung seiner Verdienste, Seitens Sr. Majestät des Königs den Adler des Hohenzollern-Ordens zu übergeben und hatte in sinniger Weise zum Tag der Ueberreichung des Ordens seinen eigenen Festtag gewählt. Vor der ganzen Versammlung war dem Lehrer nach einer liebevollen Ansprache seines Vorgesetzten von der Hand der Frau Superintendentin der Orden angeheftet und ihm zugleich die erfreuliche Mittheilung gemacht, daß die hohe Behörde bei seiner Emeritirung für ein nach seinen Verhältnissen auskömmliches Gehalt Sorge getragen habe.

Bei dem sich anschließenden Festmahle gedachte der Jubilar, der, wie er es aussprach, seinem himmlischen Könige an diesem Tage so viel zu danken hatte, zunächst seines irdischen Königs, durch dessen Berufung er in sein Amt gesetzt, und brachte Seiner Majestät ein begeistertes Hoch, in welches die ganze Versammlung nicht minder lebhaft einstimmte. Gewiß wird das schöne Fest dem Jubilar und den ihm nahestehenden Familiengenossen, sowie der Synode und dem großen Kreise seiner theilnehmenden Freunde und Verehrer stets eine theure Erinnerung bleiben.

Anclam, 3. April. Bei der heutigen Abiturientenprüfung erhielten die Primaner Vonneilich, Lesch, Rösener, Ziegler und Reißmann das Zeugniß der Reife.

Vermischtes.

— Eine Zeugin verweigerte am Sonnabend in Berlin vor Gericht die Ableistung des Zeugeneides, weil sie zur „Lichtgesellschaft" gehöre und diese den Eid verbiete. Erst die gesetzliche Androhuug der Gefängnißstrafe änderte ihren Entschluß.

(Zweimal begraben.) Aus Znaim wird uns berichtet: An der Straße nach Höflein wurde im Straßengraben am 25. März ein Mann gefunden, der dem Verscheiden nahe war. Er wurde nach Höflein transportirt und starb daselbst in Folge eines Schlagflusses. Da man den Verstorbenen für einen Israeliten hielt, wollte der israelitische Kaufmann W. in Höflein seinem angeblichen Glaubensgenossen die Grabesruhe geben, und ließ die Leiche nach dem Mißlitzer israelitischen Friedhofe überführen, wo sie nach israelitischem Ritus beerdigt wurde. Später aber stellte es sich heraus, daß der Verstorbene ein Katholik sei. Unter den Israeliten von Mißlitz machte diese Verwechselung einige Sensation und die Exhumirung der Leiche und Ueberführung auf einen katholischen Kirchhof wurde beschlossen.

Neueste Nachrichten.

Paris, 3. April. Der „Konstitutionnel" bringt einen Artikel von Limayrac über die Interpellation im Parlamente zu Berlin. Dieser Artikel läßt der Mäßigung in der Sprache des Grafen Bismarck Gerechtigkeit widerfahren und fährt dann fort: „Frankreich hat keinerlei Gelüste gezeigt, den deutschen Interessen A bruch zu thun und seine Ehre zu verletzen. Frankreich hat keinerlei kriegerische Tendenzen, sondern nur das Gefühl für das, was gerecht und billig ist; es würde aber ungerecht sein, wenn Preußen nach großen Eroberungen mit Eifersucht den allergeringsten Länderzuwachs überwachen wollte, den seine Nachbarn nicht aus Antrieb des Ehrgeizes, sondern im Interesse der Sicherheit wünschen könnten. Frankreich wird auch nicht mit Gleichgültigkeit Preußen aus den gesetzlichen Schranken herausgehen oder strategische Punkte, die für Andere bedrohend sind, festhalten sehen."

Der „Moniteur" meldet Walewski's Ernennung zum Senator.

Paris, 3. April, Abends. Der „Abendmoniteur" reproduzirt den Wortlaut der vom Grafen von Bismarck im Reichstage über die luxemburger Frage gehaltenen Rede und fügt hinzu: Der Wortlaut konstatire noch klarer die durch den Grafen v. Bismarck ausgedrückten Meinungen. Die oppositionellen Zeitungen bekämpfen die von den offiziösen Organen zu der Rede des Grafen v. Bismarck gemachten Interpretationen.

Florenz, 2. April. Der preußische Gesandte, Herr von Usedom, hat dem Prinzen Humbert vorgestern die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens übergeben. Der preußische Gesandte geht nach Venedig, um dem Prinzen Amadeus die Insignien desselben Orden zu überreichen. Tonello wird dem Vernehmen nach nach Rom zurückkehren.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung

Haag, 3. April. Die Abtretung Luxemburgs ist vom König von Holland aufgegeben; der französische Gesandte hierselbst wurde durch den Minister des Aeußeren hiervon unterrichtet.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 3. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Dores, Baas von Bremen. Susanne Trift, Clinton von Newcastle. Dinen, Markman von Rönne, letzte 2 löschen in Swinemünde. Wind: NW. Revier 14 F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 4. April. Witterung: regnigt und stürmisch. Temperatur + 5° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen anfangs höher bezahlt, schließt niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 83—$87\frac{1}{2}$ Rt bez., geringer 72—81 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85, $85\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt bez., Mai-Juni 85 Rt Br., Juni-Juli $84\frac{3}{4}$ Rt Br., $84\frac{1}{2}$ Rt bez., Juli-August 84 Rt Gd., Septbr.-Oktober $78\frac{1}{4}$ Rt bez., 78 Rt Gd.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 Rt bez., Frühjahr $53\frac{1}{2}$, $53\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br., $53\frac{1}{2}$ Rt Gd., Mai-Juni $53\frac{1}{2}$ Rt Gd., $53\frac{3}{4}$ Rt Br., Juni-Juli 54 Rt Gd., $54\frac{1}{4}$ Rt Br., Septbr.-Oktober 51 Rt bez.

Gerste loco pr. 70pfd. 45—47 Rt bez.

Hafer loco pr. 50pfd. $29\frac{1}{2}$—31 Rt bez., Frühj. 47—50pfd. $30\frac{1}{2}$ Rt Gd.

Erbsen loco 52, $56\frac{1}{2}$ Rt nach Qualität bez., Frühjahr Futter- 54 Rt Gd.

Rüböl etwas höher bezahlt, loco $11\frac{1}{3}$ Rt Br., April-Mai $11\frac{1}{4}$ Br., $11\frac{1}{6}$ Gd., Mai $11\frac{1}{3}$ Rt bez., September-Oktober $11\frac{7}{12}$ Rt Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $16\frac{2}{3}$, $\frac{5}{8}$ Rt bez., Frühjahr $16\frac{13}{24}$, $\frac{7}{12}$ Rt bez., Br. u. Gd, Mai-Juni $16\frac{3}{4}$ Rt Gd., Juni-Juli $16\frac{5}{6}$ Rt Gd.

Angemeldet: 1000 Ctr. Rüböl, 10.000 Quart Spiritus.

Breslau, 3. April. Spiritus 8000 Tralles $16\frac{7}{12}$. Weizen pr. April 74 Br. Roggen pr. April $54\frac{1}{2}$, do. pr. Frühjahr $53\frac{1}{2}$. Rüböl pr. April $10\frac{1}{4}$. Rapps pr. April 92 Br. Zink pr. April $6\frac{2}{3}$. Kleesaat: unverändert.

Hamburg, 3. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine wesentlich höher, pr. April 5000 Pfd. netto 150 Bankothaler Br., 149 Gd., pr. Frühjahr 148 Br. u. Gd. Roggen loco behauptet, pr. April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 93 Gd., pr. Frühjahr 90 Br., 89 Gd. Hafer ruhig, unverändert. Oel ruhig, loco $24\frac{3}{4}$, pr. Mai $24\frac{3}{4}$, pr. Oktober $25\frac{3}{4}$. Spiritus ohne Kauflust, $23\frac{1}{2}$. Kaffee: Verkauft 3000 Sack diverse. Zink flau. — Wetter trübe.

London, 3. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In englischem Weizen bessere Stimmung, von fremdem reichliche Zufuhren. Schwacher Marktbesuch, kaum letzte Montagspreise erzielt. Frühjahrsgetreide unverändert. — Schönes Wetter.